

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Gelsen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlag: Gelsenkirchen, 10. W. Durch den Postweg 2.50 Mk. wöchentlich, 9. — Mk. pro Monat, 26. — Mk. pro Viertel. Geschäftsstellen: Gelsenkirchen, Poststraße 1—3. 11a. Postfach 1111. In den Provinzen: Gelsenkirchen, 1. G. u. S. G., Postfach 1111. — Düsseldorf, Postfach 1111. — Köln, Postfach 1111.

Mittwoch, 15. Februar 1922

Verlag: Gelsenkirchen, 10. W. Durch den Postweg 2.50 Mk. wöchentlich, 9. — Mk. pro Monat, 26. — Mk. pro Viertel. Geschäftsstellen: Gelsenkirchen, Poststraße 1—3. 11a. Postfach 1111. In den Provinzen: Gelsenkirchen, 1. G. u. S. G., Postfach 1111. — Düsseldorf, Postfach 1111. — Köln, Postfach 1111.

## Die Regierungstrife.

E. L. Die Dinge haben ihre eherne Sohle in der Regierungstrife, alle Gewerkschaftsfunktionäre, der Apparat der SPD, die ganze öffentliche Meinung der Ebertrepublik, hat der Entscheidung des regierenden Reichstages vor dem Werk, um die aufständischen Massen, die der Eisenbahnerstreik geworden, vom Reichstag, vom teuren Haupt des Herrn Joseph Wirth fern zu halten. Aber der Stolz der Massenbewegung, der Beamten und Arbeiter so charakteristische, hatte mitten ins Gefüge des deutschen Regierungssystems gestossen. Wochte Wirth im Reichstag gestern rechts und heute links reden, möchte er gestern die deutschnationalen Monarchisten mit Schamacherworten, heute die unabhängigen Republikaner mit arbeiterfreundlichen Worten streicheln, die Tatsache, die der Eisenbahnerstreik in alle Welt hinausgeschrien, ließ und läßt sich nicht mehr verhallen. Die Tatsache nämlich, daß der kapitalistische deutsche Staat, um den Kapitalismus zu retten, seine Staatsklaven verhungern lassen muß, daß er, um sein Dasein zu kräftigen, seine bisher besten Stützen selbst zerstört.

So wurde selbst der absterbende Reichstag der deutschen Republik zum Widerhall der Massenbewegung und der durch ihn ins Leben gerufenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Die Misstrauensentscheidung der vier Parteien zeigen, wie tief das politische Leben durch den Streit aufgewühlt ist. Und die Antwort Wirths auf diese von der guten Hälfte des Reichstags gestellten Vertrauensvotum, seine Gegenforderung nach einem klaren Vertrauensvotum, mit der er als erster deutscher Premierminister nach dem Muster des westlichen Parlamentarismus in die Debatte über die Vertrauensfrage eingegriffen und mit der er den deutschen Parlamentarismus vollendet hat, bezeugt nur den Anfang vom Ende der parlamentarischen Periode des Kleinbürgertums in Deutschland.

Diese Herrschaft der zwischen den großen entscheidenden Klassen der Gesellschaft hin- und hergehenden Kleinbürger konnte nur existieren und dauern, weil und solange im Klassenkampf ein gewisses Gleichgewicht bestand. Jetzt, da es gestört ist, da die Massen der Beamten im Kampf in das Lager der Arbeitererschaft abzumarschieren beginnen, muß das Kleinbürgertum Partei nehmen. Und da hat es sich, wie stets, wenn es Farbe bekennen muß, auf die Seite der Großbourgeoisie gestellt. Der Aufruf des USPD und der USA, aus außenpolitischen Gründen den Streit der Eisenbahner zu brechen, die Ebertverordnung, Wirths und Groeners Schamacherworten bezeichnen diesen Abmarsch des Kleinbürgertums zu Sinnes. Und die Bourgeoisie, um den Sieg zu sichern, will auch äußerlich die Konsequenzen aus dieser Tatsache ziehen: sie will auch formell die Regierung in die Hand nehmen. Daher das Misstrauensvotum der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.

Der Kampf gegen diesen Verstoß der Gegenrevolution ist selbstverständliche Pflicht des ganzen Proletariats. Aber daraus folgt noch nicht seine weitere Pflicht, nun Joseph Wirth durch aktive oder passive Unterstützung seiner Möglichst zusammenschneidenden parlamentarischen Mehrheit zu retten. Zwar der rechte Flügel der USPD, die Freisheit und Pflücker, sind auch heute noch für die Stützung Wirths, weil sie mit ihm ihre eigene sozial-papierliche Außenpolitik führen und retten wollen. Aber die Rettung Wirths heißt in diesem Augenblick nicht nur Sicherung der Erfüllungspolitik. Sie heißt Erfüllung auf Kosten der Beamten und Arbeiter, heißt Steuerpolitik und Verzicht auf die Sachwertverteilung, heißt Brotpreiserhöhung und Hunger, heißt Beamtenmehrgelohnung und Raub des Streikrechts.

Wenn die Deutsche „Freiheit“ zur Charakterisierung der Regierungstrife schreibt: „Stimmes vor den Toren“; wenn sie auf den Unfall der Streikemehr-Partei zugunsten Wirths hofft, so verhält sie damit nur die Feigheit des rechten Flügels ihrer Partei, der unter dem Druck der Arbeitermassen nicht offen für Wirth einzutreten mag, wie er es tatsächlich tun will. Nicht steht Sinnes mehr vor den Toren, Wirth ist Sinnes, der mit Hoffmann Wirth in London die deutschen Eisenbahnen an englische Kapitalisten verschleudern wollte. Nicht gilt es mehr, auf die fremdliche Unterstützung der Sinnespartei zu rechnen, daß sie die „Freiheit“ und Pflücker aus der Verlogenheit eigener klarer Stellungnahme befreit. Es gilt für die unabhängige Partei, als der großen proletarischen Partei, die sie sein will, selbst Stellung zu nehmen in einer Frage, die die Lebensinteressen aller Arbeitenden an der Wurzel trifft.

Jetzt, da Wirth offen im Lager der Großbourgeoisie steht, darf es nicht mehr so wie bisher sein, daß man der linken Massen einer arbeiterfreundlichen Regierung wolle, die USPD, das Wirth-Kabinett jedoch beim Leben, wenn

## Die Koalitionspolitik in der Gattengasse.

Die USPD als Jünglein an der Waage — Es gibt nur eine Lösung: Arbeiter- und Beamten-Regierung.

P. M. Durch die gewaltige Bewegung der Eisenbahner ist eine parlamentarische Situation geschaffen worden, welche deutlich eine tiefgehende Krise der Koalitionspolitik anzeigt. Die Wirth-Regierung steht am Scheitern. Sie wird nicht mehr durch irgendwelche Arbeiter- und Beamtenfronten um die Entscheidung über Selbstaufgabe für oder gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten beuden können. Entweder erfüllt sie nunmehr auch die letzten von Sinnes geforderten Garantien gegen die Arbeiterklasse oder sie geht zum Zerfall.

Nicht weniger als fünf Misstrauensentscheidungen von den einzelnen Oppositionsparteien eingebracht, liegen bereit. Ueber sie soll am heutigen Mittwoch im Reichstag entschieden werden.

Wenn die Abstimmung über die Misstrauensvota vom vergangenen Sonnabend bis zum heutigen Mittwoch verschoben wurde, so geschah das nicht zufällig. Diese 4 Tage bedeuteten eine Salongespräch für die Wirth-Regierung. Die Sinnesleute haben sie dem Herrn Wirth gewährt, damit er sich innerhalb dieser Zeit dazu entschließt, trotz der demokratischen Wüste des Ausganges zwischen den Klassen konsequent weiterzugehen in der Richtung einer offenen Stabilisierung der Regierungsgewalt der reaktionären Schwerindustrie.

Daß die SPD in jedem Fall, auch wenn Wirth tatsächlich diesen einseitigen Sinnesweg gegen „die Demokraten“ unterstützen werden, ist nach der Arbeitsgemeinschafts- und Bürgerfriedenspolitik, nach Wirth, nach der Sinnespolitik in Preußen, nach dem Steuerkompromiß und nach den Ebert- und Richter-Erläufen im Eisenbahnerstreik, nicht zweifelhaft. Sie bleibt, so oder so auch weiterhin der Katalysator der klassenbewußten deutschen Bourgeoisie und wird auch weiterhin versuchen, bereit noch kleinbürgerliche und reaktionärsfeindliche, aber bereits infamistisch auf dem Wege zum Klassenkampf befindliche Schichten der Bevölkerung in das Reg der bürgerlichen Demokratie zu fangen, wo sie nur eine willkommene Beute für Sinnes sein können.

Das Jünglein an der Waage sind in diesem Moment die Unabhängigen. Nach der Mehrheitsverhältnissen im Reichstag kann Wirth nur dann ein Vertrauensvotum erhalten, wenn die Unabhängigen diesem zustimmen oder sich zum mindesten der Stimme enthalten. Die Unabhängigen haben bekanntlich bisher jene farnose Theorie von dem außenpolitischen guten Wirth und dem innenpolitischen schlechten Wirth gehabt, die sie vielfach recht revolutionäre Sprünge machen aber im entscheidenden Moment doch immer auf die Seite des Erfüllungspolitikers Wirth fallen ließ. Wie wird am heutigen Mittwoch im Reichstag dieser Zwischenfall zwischen den beiden Seiten in der unabhängigen Kraft sich auswirken bei der Abstimmung in der Vertrauensfrage?

Die immerhin begrüßenswerten Ausführungen des Unabhängigen Dittmann werden bereits allenthalben in der USPD-Presse tollengelacht. So wagt die „Freiheit“, das Zentralorgan der USPD, zu derselben Zeit, wo Dittmann im Reichstag deutlich genug auf eine jeffere Arbeiterfront als auf den einzigen Ausweg aus der Koalitionsgattengasse hinweist, den Kommunisten genau so wie die erst beste reaktionäre Presse vor, sie hätten die Absicht, das Reich wirt-

es sich unverhüllt für die Politik der großen Koalition einzusetzen.

Jetzt kommt es darauf an, daß Dittmanns treffliche Reichstagsworte, zu kämpfen um eine auf Arbeiter, Angestellten und Beamte gestützte Regierung, Wirklichkeit werden; daß sie nicht nur den Theodor Bauer abgeben, der den Rückgang der USPD-Bürokratie unter Reichsheinrich und Pflückerführung zu Wirth wässern soll.

In den Händen der USPD liegt die Entscheidung. Weicht sie, wie es Pflücker und Reichsheinrich wollen, jetzt wieder aus, enthält sie sich bei der entscheidenden Abstimmung am Mittwoch auch nur der Stimme, läßt dem Kabinett das Misstrauen aller Proletarier offen ausgesprochen, dann ist sie trotz aller großen revolutionären Worte tatsächlich die Hüfttruppe der Koalitionregierung. Die Koalitionregierung aber ist Sinnes.

Was reiß nun Jollen ist, muß man noch hoffen. Wirth, der Vertreter des Kleinbürgertums, ist Herrin zum Fall. Stürzt er am Mittwoch, dann ist in der Regierung der Klassenkampf, die sein Fall anzeigt, die Waage frei für

Arbeiter und Beamten in eine Arbeiter- und Beamten-Regierung. Siegt diese, der proletarischen Einheitsfront für die Sammlung, dann wird Wirth diesmal Regen und in Konsequenz Sinnes umstürzen. Aber wir sind nicht davon bewußt, daß die USPD kein einheitliches Gesicht hat. Der rechte Flügel, indem wohl mit Wirth, dem Großen, die Wirth-Regierung, jedoch der linken Flügel, der USPD, Arbeiter wollen kämpfen haben, will mit den Kommunisten eingestiegen in den Kampf die Arbeiterregierung.

Selbstfalls rufen wir den USPD-Arbeitern zu, zu bleiben, so zu handeln, wie das der großen Bourgeoisie der USPD, dem Proletariat gegenüber in diesem Augenblick entspricht.

Erhaltung der Wirth-Regierung bedeutet Erhaltung der kaum noch verfallenen Sinnes-Regierung.

Das Programm einer solchen Regierung sollte Arbeiter völlig klar sein. Es kann nur lauten:

Abregulation der Eisenbahner.

Sieg des Arbeitszeitgesetzes und der Privatisierung der Eisenbahnen.

Verbot des Streikrechts und Einschränkung der Arbeitsfreiheit der Beamten.

Durchbrechung des Achtstundentages, Verschärfung aller Arbeitsbedingungen, keine Anpassung der Löhne, Gehälter an die steigende Lebenshaltung für das Gesamtproletariat.

Drückende Steuerlasten.

Stärkung des Staates.

Über gegen dieses Programm der Reaktion ist, wenn Kampf aufnehmen will, gegen die ungeheure Verleumdung durch Lenzung, verhängerte Arbeitszeit, verhängte Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und Gehälter, erhöhte Steuerlasten, kurzum durch die gesamte Sinnespolitik, der kann sich nur auf die proletarische Seite Klassenkämpfer stellen.

Nur wenn die gesamte Arbeitererschaft ihren Waffensinn in die Waagschale wirft für eine Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Regierung und gegen jede Regierungserfüllung, ganz gleich ob mit oder ohne Wirth, auf der Seite des Proletariats, ist Aussicht vorhanden, das werthvolle Boll vor der Verdrängung zu schützen.

Wie die Abstimmung über das Vertrauensvotum Wirths ist richtig, die Stärke der einzelnen Parteien des Reichstags zu kennen.

Nach dem Reichstagshandbuch ist die Stärke der einzelnen Fraktionen ungefähr die folgende:

Sozialdemokraten	166
Zentrum	72
Deutschnational	71
Deutsche Volkspartei	65
Unabhängige Sozialisten	61
Demokraten	40
Kommunisten	26
Bayer. Volkspartei	20
Bauernbund	4
Hannoveraner	2

Die Bildung der Arbeiterregierung, die in dieser Zeit Glenda die Not der breiten Massen allein mildern kann. Die Herausbildung dieser Arbeiterregierung wird allerdings nicht allein im Reichstag gelöst werden. Sie wird das Volk der Massenaktion sein, wie Wirths Ende ihr Wert war.

Ordnung in China.

In Jung-China, Peking seit mehreren Wochen die See. Der dortige Gouverneur hat nun energische Maßnahmen durch. Alle Gelehrte, die nicht sofort zur Arbeit zurückkehren, sollen aus Hong-Kong ausgewiesen werden. So bringt der Gouverneur den chinesischen Proletariat die heilige Kultur.

Einführung der Selbstregierung in Dorchester.

Wie aus Budapest gemeldet wird, hat die ungarische Regierung einen Selektionsausschuss beauftragt, welcher jeder Bürger verpflichtet werden kann, im öffentlichen Interesse seinen zu leisten. Damit läßt Herr Wirth die Arbeiter elegant gelist. Wenn nur die Proletarier und Beamten die ungarische Arbeiterfronten brauchen, dann muß sie auf der Seite der neuen Ordnung einsteigen und unterstützen. Die Arbeiterfronten sind. Was sagt die ungarische Sozialdemokratie und Proletariat, wie Herr Mayer denkt?

# Politische Uebersicht.

# Aus der rumänischen Hölle.

Die London-Debatte des Herrn Stinnes.

Die die Reichseisenbahn verschahert werden sollte. Auf längere Ausführungen der „Frankfurter Zeitung“ während seiner Londoner Verhandlungen über die Privatisierung der deutschen Eisenbahnen hat Herr Stinnes höchst selbst in einem Brief, der entkräftigt in seiner Weise die Anklage der „Frankfurter Zeitung“, Er beschränkt sich lediglich auf den Hinweis, daß seine Londoner Verhandlungen vertikal gesehen seien, und er darüber keine Auskunft geben könne. Die „Frankfurter Zeitung“ stellt demgegenüber fest, daß die Verhandlungen Stinnes den führenden englischen Geschäftsmännern wohl bekannt seien und stellt folgende präzisierenden Fragen an Stinnes:

Wir fragen also Herrn Stinnes: Hat er in London seinen Plan der Privatisierung der deutschen Eisenbahnen vertreten oder nicht? Hat er in London für diese Eisenbahnprivatisierung durch die Behauptung Stinnes gemacht, daß auf diesem Wege das Eisenbahnbestimmte am schnellsten befördert werden könnte, oder hat er das nicht getan? Hat er ferner in London für die Privatisierung der deutschen Eisenbahnen dadurch zu wirken versucht, daß er dieses Projekt mit seinem anderen Plan für die Reorganisation der ost- und südeuropäischen Eisenbahnnetz verquidete, und welcher Art war diese Verquickung? Hat er endlich seinen Plan gegen die Reichseisenbahn in Verbindung mit dem Reparationsproblem gebracht, indem er auf der Basis der Eisenbahnprivatisierung Vorschläge für die Lösung der Danemarkfrage machte, und worin bestanden diese Vorschläge? Im ganzen: Ist es richtig oder falsch, daß Herr Stinnes seinen in Deutschland vor der großen Mehrheit der öffentlichen Meinung und zweifellos auch der politischen Parteien bereits zurückgewiesenen Plan auf Auslieferung der Reichseisenbahn an die Privatunternehmung und das Privatkapital dadurch vorwärtszutreiben versucht hat, daß er in London, im Ausland, im Siegerland Regierung für diesen Plan zu wecken versuchte? Und hält er dies für eine zulässige Betätigung eines deutschen Reichstagsabgeordneten?

Hier wird schließlich die ganze jämmerliche Außenpolitik der Ebert-Regierung, der die SPD. und USF. so gern ihre Unterstützung gewähren, enthüllt.

Der Führer des deutschen Großkapitals ist bereit, dem ausländischen Kapital alles zu versprechen und zu geben, nur um seine Hilfe für die Durchführung seiner innerpolitischen Ziele und Geschäfte zu erlangen.

Als der unabhängige Abgeordnete Dittmann letztes Reichstag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in dieser dunklen Stinnesangelegenheit forderte, da war es die Rede, der Prophet der „Frankfurter Zeitung“, der diese an der Form praktisch belästigte, daß er als Präsident des Reichstags die „beleidigende Anweisung“ gegen Herrn Stinnes zurückwies. Er handelte zwar konsequent, es sei sich schuldig vor Stinnes gestellt. Niemand stellt es gern, wenn ein treuer Koalitionspartner kompromittiert wird. Wann endlich werden die Arbeiter der SPD. erkennen, wer in Deutschland regiert und wie regiert wird.

## Genoa und Rußland.

Daß Rußland auf der Konferenz in Genoa als gleichberechtigte Macht aufzutreten gedenkt, und daß die anderen anwesenden Mächte dagegen keinen Einspruch erheben, gefällt Frankreich und insbesondere Poincaré und seiner Partei gar nicht. So versuchen sie dem mit allen Mitteln, wenn auch nicht die Konferenz vollkommen zu verzerren, so doch für unbestimmte Zeit zu vertagen. Nach den neuesten Meldungen in Italien als Gastgeber bereit, sich dem Wunsche Frankreichs anzuschließen. Es besteht die Möglichkeit, daß die Konferenz nicht vor Ostern, vielleicht noch später stattfindet.

Einen neuen Grund hat Frankreich gefunden, um die Vertagung der Genoaer Konferenz zu fordern. Der „Times“ berichtet ein Vorkonferenz, an der die nichtalliierten Mächte, insbesondere Belgien, Polen, Dänemark, Jugoslawien und Rumänien teilgenommen hätten. Diese Staaten seien für die Genoaer Konferenz dringend nötig. Entweder will Frankreich keinen Beschlüssen in der kleinen Konferenz, oder es will mit ihnen gemeinsam den Plan Englands, unter Einbeziehung Deutschlands für eine Vorkonferenz in Rußland zu schaffen, verhindern. Jedenfalls vermischt Frankreich alles, um ein Ubergewicht Englands bei der Sanierung Sowjet-Rußlands zu verhindern.

## Die Reichsgewerkschaft für neue Streiks, falls Maßregelungen nicht aufhören.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Reichsgewerkschaft deutscher Einzelgewerkschaften und Arbeiter hat zu Donnerstag, den 16. Februar, ihren erweiterten Vorstand zu einer Sitzung in Berlin zusammenberufen, um einen ersten Streikbescheid herbeizuführen, falls die Regierung sich dem Willen der Reichsgewerkschaft nicht beugt und von Maßregelungen ablassen wird.

Bereits am vergangenen Sonntag haben in dieser Richtung Vorbesprechungen in einer Sitzung der Reichsgewerkschaft stattgefunden, zu der Vertreter aus allen Teilen des Reiches erschienen waren. Nach eingehender Beratung, in der unter anderem festgestellt wurde, daß die Arbeiterzahl in der Reichsgewerkschaft sich auf über 300000 beläuft, wurde beschlossen, eine Eingabe an den Reichspräsidenten zu richten, in der verlangt wird, daß sich die Regierung dem Willen der Reichsgewerkschaft nicht beugt und von Maßnahmen ablassen wird. In der Eingabe wird außerdem betont, daß das Gewerkschaftsrecht in der Reichsgewerkschaft bereits große Erfolge hat, und daß, falls die Regierung nicht nachgibt, d. h. die beantragten Maßnahmen nicht aufrecht erhält, mit neuen Aktionen in den einzelnen Eisenbahnbezirken und mit einem neuen Streik der Eisenbahner zu rechnen ist.

Die rumänische Sozialistisch-Kommunistische Partei erläßt folgenden Aufruf:

## Au die Sozialisten und Arbeiter der ganzen Welt!

Nur einseitig muß man sein, um durch die offiziellen Erklärungen getäuscht, Rumänien für ein Land der Freiheit zu halten. Wir sind noch in voller Barbarei. Die Illegalität triumphiert! Einen edlen Gelehrten anzubringen, wird als Verbrechen betrachtet. Genau wie in den Zeiten der dunkelsten Inquisitionen verurteilt man alle diejenigen, welche das kapitalistische Dogma nicht anerkennen und es für gefährlich halten.

Der Kommunismus ist ein Verbrechen, der Internationalismus ebenfalls.

Eine einzige Doktrin wird gebietet: Diejenige der gegenwärtigen Ordnung, die den Raub, die Ungerechtigkeit und das Schwarzerium zur Grundlage hat. Jede Entwicklung wird bekämpft. Jede Änderung verboten. Die Mutigen, die für ihre Überzeugung eintreten, werden ins Gefängnis geworfen.

Die Sozialistische Partei Rumäniens hatte beschlossen, sich im Mai 1921 zu versammeln, um ihre Haltung gegenüber der Internationale zu erklären. Es handelte sich darum, zu wissen, ob man sich an die Internationale anschließen würde oder nicht. Durch die Tatsache des Anschlusses an die Kommunistische Internationale wird die Partei heute mit anderen Verbrechen gleichgestellt. Der ganze Kongress ist verhaftet worden. Ein Riesenprozeß, durch den 300 Kommunisten vor das Kriegsgericht gestellt sind, ist augenblicklich im Gange. Es ist empörend, zu sehen, wie sie — seit acht Monaten in Untersuchungshaft — in den Militärgefängnissen behandelt werden. Mit kurzgeschorenem Haar, ihrer Dedden, Kleidungen, Wäsche und Betten beraubt, schlafen sie in der Kälte, ohne Nahrung, werden gefoltert, in Einzelhaft gesetzt, und alles dies nur, weil sie ihren kommunistischen Glauben nicht verleugnen. In den Gerichtsverhandlungen werden sie mit Mordanschuldungen belästigt. Im Verhandlungssaal selbst sind zwei aufgestellt worden. Sie dürfen mit ihren Familien nicht verkehren und, was noch ärger ist, nicht einmal mit ihren Verteidigern. Der Anblick des Saales ist schaurig. Eine Kompanie bis an die Zähne bewaffneter Soldaten, fünf Personen, die das Publikum markieren, vier

## Das Programm Sowjet-Rußlands für Genoa.

Der Korrespondent der „Times“ in Warschau zieht aus den Erklärungen, die der bolschewistische Vertreter in Polen, Karschan, jüngst machte, folgende Schlussfolgerungen auf das Programm der Sowjetregierung für Genoa:

1. Sowjet-Rußland verlangt, mit den anderen Vertretern auf gleicher Basis, behandelt zu werden.
2. Sowjet-Rußland wird gegen den Abschluß von Handelsverträgen nichts einzuwenden haben, um den Wiederaufbau Rußlands zu fördern und damit Europa dienlich zu sein. Es wendet sich aber dagegen, als Ausbeutungsobjekt fremder Staaten betrachtet zu werden.
3. Sowjet-Rußland ist bereit, die Frage der Vorkonferenz zu erörtern, protestiert jedoch gegen die Auffassung als ob Rußland alle Vorkonferenzarbeiten zu bezahlen hätte. Sollte von anderer Seite ein Versuch nach dieser Richtung unternommen werden, wird Rußland darauf drängen, daß auch die anderen mit Rußland vor dem Trage abgeschlossenen Verträge zur Diskussion gestellt werden, was nach Ansicht des Korrespondenten der „Times“ gleichbedeutend mit der Wiederankündigung der Frage des Balkans und Konstantinopels sein würde.

## Die Orientfrage.

Nach einer Mitteilung des „Echo de Paris“ sind die Beziehungen zwischen England und Frankreich in der Orientfrage immer noch nicht ausgeglichen. Das englische Auswärtige Amt sieht auf dem Standpunkt, daß der Regierung von Ankara das Recht der Verhandlungen zwischen England, Frankreich und Italien mit Gewalt aufzubrechen werden müsse. Die französische Regierung glaubt, daß der türkische Herrscher Mustafa nur dadurch angesetzt werden könne, daß man unter allen Umständen, ein friedliches Einverständnis mit den Türken herbeizuführen bestrebt. Die Engländer hingegen vertreten die Ansicht, daß es gefährlicher sei, die Hoffnungen von den Türken loszulassen, wenn man sie auf der Konferenz von Genoa für sich gewinnt.

## Unterrevolution.

### Die Wasseranlieferung im Danemerk.

Nachdem die Organisation der Arbeiter des Bauunternehmens in der Stadt Kopenhagen abgeschlossen hatte, erklärt jetzt der Arbeiterverein die Wasseranlieferung der Arbeiter. Von dieser Wasseranlieferung, die am Dienstag beginnt, sind ausgeschlossen die Wasserwerke, Elektrizität und Gasarbeiter sowie die Polizeibehörden, die Eisenbahn, die Post, die Polizei und die Feuerwehr. Die Wasseranlieferung wird am Donnerstag durch die Arbeiter selbst übernommen. Die Wasseranlieferung umfaßt 170000 Mann, von denen 30000 bereits arbeitslos sind.

### Staatliche Klassenpolitik.

Das Land wird gemeldet: Der dem Kaiser gewidmete ein halbes Jahrhundert Jubiläumstag hat die Arbeiterbewegung in Danemark bei einem politischen Kampfe zusammengeführt. Die Arbeiter haben die Forderung gestellt, daß die Klassenpolitik der Regierung aufhört. Die Forderung des Tages lautet, daß die Klassenpolitik der Regierung aufhört. Die Forderung des Tages lautet, daß die Klassenpolitik der Regierung aufhört. Die Forderung des Tages lautet, daß die Klassenpolitik der Regierung aufhört.

### Verfolgung der Kommunisten in Jugoslawien.

Die Verfolgung kommunistischer Führer in Jugoslawien dauert, wie der RZ. gemeldet wird, fort und werden neuerdings auch in Kreisen von der Polizei mit großen

gebildete Berichterstatter und 20 bis 30 Geheimpolizisten, von Zeit zu Zeit schwinden einem dieser unglücklichen An- geklagten die Sinne.

Und alles dies, weil sie im demokratischen Rumänien eine bessere und gerechtere Welt geträumt hatten.

## Sozialisten und Arbeiter der ganzen Welt!

Vergeßt nicht, in das Buch der proletarischen Kämpfe auch das Martyrium der rumänischen Arbeiterklasse einzuschreiben.

## Das provisorische Exekutivkomitee der Sozialistisch-Kommunistischen Partei Rumäniens.

Dieser Aufruf gewinnt eine tragische und erschütternde Beleuchtung durch eine Tatsache, die in unserem bulgarischen Bruderorgan „Socialismus“ berichtet wird: Fünf Genossen, Volt, Cogan, Tamara, Koshin und Schemmann, letzterer zu fünf Jahren vom Kriegsgericht verurteilt, befanden sich im Gefängnis zu Rischinow (Bessarabien). In der Nacht vom 4. zum 5. Dezember wurden sie, unter dem Vorwande vernommen zu werden, nach Bender geführt. Hier angekommen, befahl man ihnen, in die Richtung zum Kinjester, der die Grenze zwischen Rumänien und Rußland bildet, zu laufen. Voranführend, was ihnen bevorstand, begannen sie um Hilfe zu rufen. Sofort stürzten die begleitenden Soldaten auf sie und durchstießen sie mit den Bajonetten. Sie wurden bis zu einem in der Nähe befindlichen Gebäude geschleppt, wo sie nacheinander erschossen wurden. Die Grenzpolizei verbreitete dann das Gerücht, es handle sich um eine Gruppe Schmuggler. Im Spital konstatierte dann der Arzt, daß einer der vier Genossen sich noch am Leben befindet. Aus Furcht, daß dieser Ueberlebende ihr Verbrechen verraten würde, hat man sich mit der Beerdigung der Opfer hermäßen beeilt, daß nachgewiesenermaßen einer der vier lebend begeben wurde.

Dies sind die Methoden, mit denen die rumänische Regierung den revolutionären Aufschwung des Proletariats zu dämmen hofft. Es ist Aufgabe der Arbeiter sämtlicher Länder, ihre leidenden Genossen nicht zu vergessen und an ihnen praktische internationale Solidarität zu üben.

Wir werden nächstens über den im obigen Aufruf erwähnten Prozeß berichten.

ziffer betrieben. In Essen verhaftete die dortige Polizei 5 Kommunisten wegen einer angeblichen geheimen Verschwörung. Darunter befindet sich auch ein 19-jähriger Gymnasiast.

## Schleifische Rundschau.

### Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Am zweiten Februar verunglückte der Maschinist J. U. bei der Firma Weissenberg in Schwandorf infolge Maschinendefektes tödlich. Die Schuld trifft lediglich die Firma. Die Betriebsmaschine ist stark überlastet, total ausgefahren und infolgedessen ein bleiben an derselben höchst lebensgefährlich. Auf noch unaufgeklärte Weise riß sich der Zylinderdeckel unter furchtbarem Getöse heraus und traf Just so unglücklich, daß er nach fünf qualvollen Leidensstunden starb.

Die Firma Weissenberg weiß, daß die Maschine defekt ist; trotzdem muß sie pro Tag 16 Stunden laufen, da in 2 Schichten gearbeitet wird.

Wir wissen, daß dem Unternehmer der dreimal heilige Profit über alles geht, auch über das Leben eines Proletariats. Genau so, wie die Rüstungsindustrie während des Weltkrieges aus den Leichen Millionen Verwundeter fetter Gewinne einheimste, genau so rücksichtslos ist auch heute noch der Kapitalist, wenn es sich um das Verdienen handelt. Das Leben eines Proleten wird jedoch gering eingeschätzt.

Es ist unbedingt nötig, daß sich die Gewerkschaften einmal diesen Betrieb ansehen, damit weitere Unglücksfälle verhindert werden.

### Schups auf Seiten der Arbeiter.

Unserem Bruderorgan, dem „Klassenkampf“, in Halle entnehmen wir folgenden, an die dortige Redaktion gesandten Brief: Bitte Redaktion!

Ich bin ein Genosse im grünen Arbeitskleid — also von der Schuppolizei, und zwar von der ersten Polizeihundertschaft 2. Organ. Unsere Hundertschaft besteht zum größten Teil aus christlichen Republikanern und sind demgemäß meistens in der SPD. organisiert. Wir haben nun einen heftigen Kampf gegen die Schuppolizei des realistischen Kommandos und des noch realistischen Hundertschaftsführers zu führen. Diese versuchen alles, jeden Republikaner in der Schups zur Strecke zu bringen, um desto höher den Rest als Reichswehr 2. dahinterzuziehen zu lassen. Aber noch sind wir hier und noch können wir kämpfen — nur bitten wir um die Unterstützung der Arbeiter bzw. republikanischen Parteien und hoffen wir, daß man uns nicht im Stich läßt, auf daß wir als Pioniere weiter zur Reform der Schuppolizei unser möglichstes beitragen können — im anderen Fall wählen wir als einfache Insel im Meer der Reaktion und der Militarisierung der Schuppolizei weggelassen werden. Wir hoffen, daß die Arbeiterparteien uns helfen zur Seite stehen werden, — sonst müßten wir verzwweifelt untergehen, d. h. der realistischen Offizierschule eine neue Hundertschaft in die Hände spielen, die sie dann zur Hundertschaft mit der nötigen „Ehrlichkeit“ machen wird. An der Spitze des Kampfes steht der Realistenschuppolizei gegen den sich natürlich der meiste hat richtet. Man verzeiht also, ihm einen Streik zu brechen bzw. seine Mitglieder als „polizeibekanntlich“ zu erklären wegen Mangels an Ehrlichkeit und Ordnungssinn, gemeint sind die realistischen Kameraden von Schuppolizei.

Wir gratulieren dem Kampf.

Stfr

### I. Polizeihundertschaft 2. Organ a. G.

Am 29. Jan. beginnt auch in der Schups der Kampf zwischen den realistischen Offizieren und den republikanischen Pionieren. Walter Schering, dem die Schups unterstellt, und der das letzte Wort in allen ihren Angelegenheiten hat, hebt ganz immer höhere Eins, daß er den republikanischen Geist in den

# Von den „aufgelösten“ Arbeitsgemeinschaften.

Schupo unterstützen und heben will. Aber es bleibt eben immer nur bei Worten, wie meistens bei den sozialdemokratischen Führern.

Tatsächlich ist es so: Immer mehr wirtschafliche Reaktionen kommen in die Offizierskreise. Immer aus neue werden republikanische Beamte als „politisch untauglich“ aus der Schupo entfernt. Aber wie den Eisenbahnbeamten, werden auch den Schupo-Beamten durch die Macht der Tatsachen die Augen geöffnet und sie werden sich in richtiger Erkenntnis ihrer Situation in der Welt der Gesamtbevölkerung stellen.

Wahrträglich wird folgender Fall während der Streikbewegung aus Soalfeld bekannt: Nach Soalfeld wurden während des Eisenbahnstreiks Schupo-Beamte geschickt, um die Sicherheit der Eisenbahnanlagen zu überwachen. Doch anstatt dieser Aufgabe nachzukommen schlugen sich die Polizeibeamten nach der Ankunft in Soalfeld auf die Seite der streikenden Eisenbahner und betrieben die Technische Nothilfe vom Bahnhof, die sogar die Lokomotive ihres Zuges, geführt hatte. Erst als der NSD-Bezirksleiter Hermann aus Weimar auf den Plan traten und mit der sofortigen Einsetzung der Reichswehr drohte, konnte die „Ruhe und Ordnung“ wieder hergestellt werden. Auch aus anderen Orten Thüringens wurden ähnliche Auftritte berichtet.

„Technische Nothilfe“ auf dem Lande.  
Die Technische Nothilfe soll auch auf dem Lande ausgebaut werden. Wie uns berichtet wird, bedient man sich eines besonderen Tricks.

Es wird unter den Landarbeitern für eine Organisation geworben, in der kein Beitrag gezahlt werden braucht. Jeder, der sich aufnehmen läßt, hätte nur ganz harmlos klingende Verpflichtungen zu übernehmen, wie z. B. bei Wasser- und Feuergefahr Hilfe zu leisten. — Früher dieser Organisationen sind die Herren Gutbesitzer. Durch solche Zusammenfassung der Landarbeiter wird versucht, unter dem Einfluß der Junker und Großgrundbesitzer eine Streikbrecherorganisation heranzubilden. Die Landarbeiter werden nach unserer Überzeugung nicht den Herrschaften auf den Leim kriechen. Denn „Hilfe bei Wasser- und Feuergefahr“ wurde von ihnen bisher ohnedies geleistet. Die Streikbrecherdienste werden die Landarbeiter den Baroninnen und Rittergutsbesitzerinnen überlassen, die sich auf dem Landfrauentag in Halle korporativ der Technischen Nothilfe angeschlossen haben. Die Frau Gutbesitzerin beim Misführen oder mit dem Vetter im Kuhstall wird für die Landarbeiter in ernsten Pünipfen immerhin ein erheitender Moment sein.

## Deffentliche Versammlung in Nieder-Salzbrunn.

Am 8. Februar fand in der „Eisenbahn“ eine öffentliche Versammlung statt, zu der auch eine große Anzahl Eisenbahner erschienen waren. Genosse Melzer sprach über das Thema: „Was geht in Deutschland vor?“ Es herrsche jetzt, so führte der Referent aus, in Regierungskreisen und in wirtschaftlichen und politischen Leben ein wirres Durcheinander. Die Regierung unternimmt den Versuch, die weitläufigen Lasten des Staates und der Reparationskosten durch ungeheuerliche neue direkte und indirekte Steuern dem wertvollen Volke aufzujähen, unbekümmert darum, ob dasselbe immermehr dem Elend verfällt. Heute dreht sich die Frage darum, wer bezahlt den Krieg? Weiber versage in der Beantwortung dieser Frage ein großer Teil der sogenannten Volksvertreter, die Abgeordneten der SPD. und ein Teil ihrer Anhänger hoffe auf ein Wunder, welches uns aus dieser elenden Lage reiten soll. Um dieser Pump- und Mißwirtschaft ein Ende zu machen, und die Finanzen des Staates durch wirkliche Besteuerungen zu sanieren, hat man wiederum den größten Teil der Steuerlasten der arbeitenden Bevölkerung aufgelegt. Bei dieser Steuerberatung haben auch die Führer der SPD ihre selbst aufgestellten Forderungen (Erfassung der Gold- und Sachwerte) schmählich im Stich gelassen und durch Zustimmung zu den indirekten Steuern wesentlich beigetragen zur weiteren Verelendung der Arbeiterschaft. Daß sich dieses furchtbare Elend und die drohende Entrechtung die wertfällige Bevölkerung auf die Dauer nicht gefallen lasse, zeigt der ausgebrochene Streik der Eisenbahner. Redner kennzeichnete die Stellung der SPD-Führer und Minister zum Streik, und empfahl den Eisenbahnern, sich dieser Sorte Arbeitervertreter genau anzusehen und ihnen bei geeigneter Zeit die Quittung für ihre verräterische Handlung auszustellen. Im Weiteren kam Redner noch auf die sogenannte Zwangsanzleihe, welche von den SPD-Abgeordneten als Surrogat für die Erfassung der Gold- und Sachwerte der Arbeiterschaft als Verzugsanleihe für die schamlosen indirekten Steuern empfohlen worden ist, zu sprechen und schloß die Rede mit dem Hinweis auf Zwangsanzleihe. Die Kapitalisten machen ein gutes Geschäft dabei.

Ein wesentlicher Bestandteil der schlechten Polizeiorganisation sind die ehemaligen Freikorps, die sich später Arbeitsgemeinschaften nannten und jetzt die verschiedensten, harmlos klingenden Namen angenommen haben. Die bekanntesten dieser militärisch organisierten Männerbanden waren die „Lützow- und Köhler-„Arbeitsgemeinschaften“. Beide bestehen trotz Seberingischer Verbote — allerdings jetzt unter anderem Namen — heutzutage weiter. In der „Welt am Montag“ veröffentlicht ein ehemaliges Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Köhler persönliche Erfahrungen aus denen hervorgeht, daß diese Bande wohl ausgerüstet mit Waffen und Munition ist und daß sie sich in der Gegend um Köhler und in der Gegend um Köhler aufhält. Der Köhlermann schildert, daß vielmal Angehörige der Köhler-„Arbeitsgemeinschaft“ wegen gemeiner Verbrechen stechrisch gesucht wurden und daß diese Leute mit Waffen der Verletzung oft ihren Namen wechseltten, um vor behördlichen Verfolgungen geschützt zu sein. Er schreibt dann weiter: „Oft erzählen die Leute nichts bei uns mit dem königlichen Begemeister von Nummer und einem Führer, Freiherr v. Lauff. Dann begann ein Saitenlager neben dem Lehrer. Von dort ging's gewöhnlich zum Gastwirt Scholz in Köhler. Wir mußten unsere Fahne (gehört vom Pastor) mitnehmen. Dann ging's los, mitten unter den anderen Gästen: Dels die im Siegerkranz, Deutschland, Deutschland, patriotisch! Neben uns fünf Minuten lebte, „Welt am Montag“ hoch; kurzum, ich fühle, wie wir uns lächerlich machten. Bei dem „Deutschlandlied“ den Kopf bedeckt hielt, wurde Pole geschloßt und mit „Abreibung“ bestrüht. Eines Abends wieder Schüsse. Herr Reinde wollte am Kirchhof angelassen werden, sein. Wir mußten bewaffnet das ganze Gelände absuchen. Ein Kamerad wollte in Haus neben unserem Quartier einen jungen Mann mit einem Gewehr gesehen haben. Wir mußten von der freien Rückseite ausgeschwärmt auf das Haus stürzen, das einem Herrn Rebut gehörte, der selbst größte Hochachtung verdient, denn während des Bolzens einfallend hatte er alle Deutschen in Schutz genommen, so gut er konnte. Nur durch Vermittlung des Gutadministrators Dr. Jant wurde verhindert, daß seine Haustür gesprengt wurde. Herr Reinde hatte wieder einmal, wie so oft, „verdrückt“ gespielt. Gar viel zu leiden hatten manche Bauern in Köhler, Radlau, Al-Kammulau, Friedrichswille usw., kurz in der ganzen Umgebung. In allen möglichen Verteilungen, mit geschwätzten oder mit Mäße versehenen Gesichtern gingen die Köhler-Leute, auch die Köhlerherren, wie ich mich persönlich überzeugen konnte, zu den Bauern, um angeblich nach Waffen zu suchen, trotz noch nie einer Kundgebung erhalten hatte. Waffen wurden natürlich nie gefunden, nur ja auch Nebensache, denn was sie suchten, war Geld, und das wurde mit Hilfe der Gummiknüppel und Karabiner, welche eine Wunderschöne voll erhalten, meist auch gefunden. Und die Apo in Köhler sah nichts. Die Apo-Beamtin in Sternalb, die ich schon erwähnte, werden sich sehr gut an die Raubüberfälle und Schießerer erinnern können. Ganz irgendwo im Dorf eine Hochzeit statt, fanden sich auch alsbald einige schwer bewaffnete Köhler-Leute ein auf dem Tanzboden. Die Gastwirte waren meistens froh, wenn die Reibereien vermeiden konnten, dadurch, daß sie die Kerts unsonst bewirteten. Jeder zweite Tanz beinahe wurde von ihnen „beschlagnahmt“. Ab und zu stellten sich die „Herren“ im Saale auf: Hell dir im — das sogenannte Köhlerlied usw. Kein einer der Gäste Anstos hatte der Freie ein Ende und die Festlichkeit der armen Leute auch. Die Gastwirte in Radlau, Köhler und Friedichswille können ein Lied davon singen.

Mitte November wurde uns von Herrn Reinde eine Verpflichtung über ein Jahr vorgelegt, die wir unterschreiben mußten, vorher gab es vierzehntägige Kündigung, die jetzt wegfiel. Da gegen konnte das Kommando leben an die Luft gehen, der ihm läßtig wurde. Wer nicht unterschrieb, wurde am 1. Dezember entlassen. In der Zwischenzeit las ich in der Zeitung, daß die Arbeitsgemeinschaft aufgelöst werden sollte. Auf unsere Vorstellungen erklärte Herr Reinde die Sache für erledigt, wir bleiben bestehen, wenn auch vielleicht unter anderem Namen. Wer von uns und rückt, wurde bestraft und bestraft!

Seit dieser Zeit kam ich öfter in Kontakt mit Offizieren, die mir dann das Dasein nach Möglichkeit erleichterten. Da ich bereits Grund hatte, um die Sicherheit meines Lebens besorgt zu sein (man raunte unter den Leuten gar oft, daß ich von der ersten Spurensuche um die Erde gegangen), ließ ich meine Spargelber im Stroh und machte mich auf den Weg, zu Fuß nach Berlin, wo ich nach dreiwöchiger Wandererschaft eintraf. Meine Eintritte als der monatlichen Budgetbeleg zur Arbeitsgemeinschaft Köhler sind nicht die besten. Die Bevölkerung wird verachtet und verachtet und dem Diktator nur Schaben getan in jenen Städten gerade durch die, die vorgeben, es zu schützen — Menschen, die, großenteils Schullos, wegen Verbrechen geachtete, Abenteurer oder Landstreichern sind die nicht Vaterlandsleute, sondern reine Selbstsucher, Faulheit und Arbeitsscheu bewegt, in der Arbeitsgemeinschaft Dienst zu nehmen. Ich bin auch der festen Überzeugung, daß alle diese Organisationen, wenn nicht einmal gründlich damit aufgeräumt wird, noch lange in irgend einer Form fortbestehen werden und den inneren Frieden Deutschlands gefährden. Ebenso glaube ich fest daran, daß die Verbesslerer (H. v. Breslau und Baunsee, Friedrich-Wilhelm Strahe) heute noch existieren.

Uns sind diese Veröffentlichungen nichts Neues. Sie bestätigen nur das, was wir wiederholt behaupteten. Es kommt auch, daß die angeführten Verbesslerer heute noch Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaften Köhler sind. Bei dem Leutnants Michael, Breslau, Neuborsische 99 U., herrscht heute noch derselbe tolle Betrieb wie früher. Auch die Hauptgeschäftsstelle in Wannsee, wo der Obermacher Köhler wohnt, besteht noch. Sie ist jetzt umgewandelt worden in ein „Telefoninstitut“ und betreibt als Spezialität „Beobachtung politischer Verbängiger“ (Merkte was?)

Wir haben vor einem knappen halben Jahre alles das, was dieser Köhlermann anführt, veröffentlicht und auch die Behörden davon in Kenntnis gesetzt. Aber nichts ist geschienen. Die Breslauer politische Polizei machte Hausdurchsuchung bei dem Hauptgeschäftsleiter Michael, konnte aber nichts Verstecktes (1) feststellen. Auch die Staatsanwaltschaft hörte etwas hart, wenn gegen die Schoßkinder der Reaktion Verhaftungen erhoben wurden. Auf unsere Anschuldigung, daß Leute und Führer der Köhlerbande den Raubmord an dem Pfarer Marx in Alt-Rosenberg im Juni 1921 verübt haben und in der Tat der Täter sowie deren Aufenthaltsort genau bezeichnet, hat sich bis jetzt noch nichts gerührt. Die Behörden haben jedenfalls kein Interesse daran, gegen Leute vorzugehen, die konterrevolutionären Organisationen angehören. Es tut sich, wenn man diese Verfassungsverhältnisse betrachtet, ein Sumpf auf, wie er eben nur in der deutschen Republik möglich ist. In einer Republik, in der Stinnes der Reichthaber ist und einige Sozialdemokraten den Prellbock bilden zwischen der Arbeiterschaft und zwischen dem Ausbeutertum.

## Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

25) Uebersetzt von Adolf Pech.  
Bawel erklärte diese Aboabe für unarrecht und wies den offensbaren Nutzen nach, den die Fabrik daraus zog; die beiden Arbeiter gingen stimmungselnd fort. Als die Mutter sie hinausgeleitet hatte, meinte sie lächelnd: „Siehst du, Bawel, jetzt kommen schon alle Leute zu dir, um deinen Verstand zu borgen.“  
Bawel setzte sich bekümmert an den Tisch, ohne zu antworten, und begann zu schreiben. Ein paar Minuten später sagte er zu ihr: „Ich bitte dich, sage doch sofort in die Stadt und gib diesen Brief ab.“  
„Ja das gefährlich?“ fragte sie.  
„Ja. Da wird eine Zeitung für uns gedruckt. Die Geschichte mit dem Sumpfgroschen muß unbedingt in die Zeitung.“  
„Schön — schön!“ erwiderte sie, sich schnell ankleidend.  
„Ich gehe sofort.“  
Es war der erste Auftrag, den ihr Sohn ihr erteilte. Sie freute sich darüber, daß er ihr offen gesagt, worum es sich handelte, und daß sie ihm jetzt direkt nützlich sein konnte.  
„Das verstehe ich, Bawel?“ sagte sie. „Das ist ja der reine Raub! Wie heißt der Mann, Jagoer Jwanowitsch?“  
Sie lehnte spät abends müde, aber zufrieden zurück.  
„Das! Sasoja gesehen!“ sagte sie zu ihrem Sohne.  
„Sie läßt dich grinsen. Dieser Jagoer Jwanowitsch ist aber ein Spahnvogel! Ruzisch redet der!“  
„Ich freue mich, daß sie dir alle gefallen!“ sagte Bawel leise.  
„Schöne Leute, Bawel! Gut, wenn die Leute einfach sind. Und alle verstehen dich...“

Die Arbeiterschaft in Stadt und Land muß deshalb geschlossen zusammenstehen, um den naturnotwendig kommenden Kämpfen gegen völlige Verelendung und Rechtslosigkeit gerüstet zu sein. Starke Beifall zeigte, daß der Redner den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

Zu der darauf folgenden freien Aussprache wird von dem Vorsitzenden der Streikleitung, nachdem er sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt hat, noch einmal die Forderung der Eisenbahner erläutert und betont, daß sich die Eisenbahner nicht als Menschen zweiter Klasse behandeln lassen können, daß sie sich auch das Streikrecht nicht rauben lassen. Die Eisenbahner werden ihre Lehre aus diesem Streik ziehen und ihren Anschlag bei denen suchen müssen, die in diesem Kampf rechtlos auf ihrer Seite standen.

Ein Eisenbahner sagte, die Eisenbahner hätten sich bis vor dem Streik der Industriearbeiterschaft in wirtschaftlicher und politischer Beziehung ganz falsch eingestellt. Dieses müsse und werde jetzt anders werden.  
In seinem Schlusswort ging Genosse Melzer, da sich trotz mehrmaliger Aufforderung die anwesenden Gegner nicht zum Wort melben, auf die Ausführungen der Diskussionredner ein. Bei den heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen kann kein Mensch, auch nicht die Eisenbahnbeamten, neutral

sein. Die Eisenbahner haben die Verpflichtung, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen und mit der Arbeiterschaft den gleichen Weg zu gehen. Heute seien genau so wie früher vor dem Kriege alle Rechte in den Händen der bestehenden Klasse und alle Lasten auf den Schultern der Besitzlosen, dem Proletariat, ganz gleich, ob dasselbe Hand- oder Kopfarbeiter, Arbeiter, Angestellter, oder Beamter sei. Redner ersuchte noch die anwesenden Eisenbahner, nicht den Gewerkschaften den Rücken zu kehren nach dem Streik. Alle müssen in den Gewerkschaften bleiben, aus den gemachten Fehlern lernen und den nicht ausbleibenden Kämpfen gestärkter und geschult als jetzt gegenüberstehen. Auch für die Eisenbahner gelte der Vers: Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gekritten, wie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Die Gewinnung einer Anzahl Anwonenten für die „Schleifische Arbeiter-Zeitung“ konnten wir als Erfolg des Abends buchen.

## „Unverschämte Junkerfreiheit“.

Ru dem Artikel unter dieser Ueberschrift in Nr. 274 vom 5. Dezember 1921 geht uns folgende Berichtung zu: Vegerüber dem Vorwurf rober Behandlungsweise weise ich darauf hin, daß ein Schweizer mit Familie 9 Jahre und

Montag ging Bawel wieder nicht zur Arbeit, er hatte Kopfschmerzen. Mittags kam Jdja Masin angelaufen, er war erregt und glücklich und teilte leuchtend vor Wädigkeit mit:

„Komm! Die ganze Fabrik ist in Aufruhr. Man schreit nach dir... Esflov und Macholin sagen, du könntest am allerbesten reden... Was da nicht alles vorgeht!“  
Bawel begann sich schweigend anzuleiden.  
„Die Frauen laufen zusammen und freischen.“  
„Ich gehe auch mit“, erklärte die Mutter. „Du bist krank. Was mag doch nur los sein? Ich gehe hin!“  
„Geb!“ sagte Bawel kurz.  
Am der Strahe gingen die drei schnell und schwelgenam vorwärts. Die Mutter atmete infolge des schnellen Gehens und der Erregung schwer; sie fühlte, daß etwas Wichtiges bevorstand... Am Fabriktor standen eine Menge Frauen, die lächelten und schwupften. Als die drei in den Hof schlüpften, gerieten sie sofort in eine dicke, schwarze, aufgereagte, sumrende Menge. Die Mutter sah, daß alle Köpfe nach einer Seite, nach der Schmiede hingewandt waren, wo auf einem hohen alten Eisens, von dem roten Fregelsteinen sich deutlich abhebend, Esflov, Macholin, Bawel und noch fünf einflussreiche Arbeiter standen.  
„Bawel komm!“ rief jemand.  
„Bawel?“ schloß ihn mit hierher...“  
Bawel wurde gepackt, vorwärts geschoben und die Mutter blieb allein.  
„Still!“ hieß es auf einmal an verschiedenen Stellen.  
Und in der Nähe ertönte eine gleichmäßige Stimme: „Nicht wegen der einen Kupete wälzen wir handhast bleiben, sondern wegen der Gerechtigkeit! Und ich nicht die Kupete verurteil — sie ist nicht runder als die anderen, aber sie ist schwerer — es heißt weße Schwere und Mut daran, als an den Rubeu des Dirktors, jawohl! Und

wir schähen nicht die Kupete — sondern unser Blut und die Wahrheit, jawohl!“

Seine Worte fielen kräftig in den Haufen und bewirkten leidendhafte Anrufe.  
„Das stimmt! Jawohl, Rybin!“  
„Still, Teufel!“  
„Gast recht, Sieker!“  
„Blasflov ist da!“  
Den lauten Maschinenlärm, das schwere Stöhnen des Dampfes und das Klapsen der Treibriemen überhörend, stießen die Stimmen in brausendem Wirbel zusammen. Von allen Seiten kamen Leute gelaufen, die sich gekümmert unterhielten und sich gegenseitig mit leidendhaften, befehenden Worten aufregten. Die heimliche Erregung, die stets in der Brust dieser müden Menschen schlummerte, erweachte, suchte einen Ausweg, brach über die Lippen, stieg truntpfrierend durch die Luft, breitete ihre dunklen Schwingen immer weiter aus, packte die Menschen immer fester, riß sie mit sich, stieß sie gegen einander, verwandelte sie in feurige, böseartige Wesen. Ueber der Menge schaukelte eine Wolke von Rauch und Staub, die schweißbedeckten Gesichter brannten, und die Haut an den Wangen weinte schwarze Tränen. In den dunklen Gesichtern funkelten die Augen, glänzten die Zähne.  
Dort, wo Esflov und Macholin standen, erschien Bawel und trat in die Mitte des Rufes:  
„Genossen!“  
Die Mutter sah, daß sein Gesicht blaß wurde, und die Lippen zitterten; sie bewegte sich unwillkürlich vorwärts und stieß die Menge beiseite. Arrgerlich rief man ihr zu:  
„Alle, wo trauchst du hin?“  
Man rief sie. Aber das hinderte das Weib nicht, die Menschen mit Schultern und Ellbogen beiseite zu drängen; sie schob sich langsam näher an den Sohn heran, nur von dem Wünsche getrieben, neben ihm zu stehen.  
(Fortsetzung folgt.)

Arbeitslosen 2 Tage, 4 Tage und ein Monat 3 Tage ununterbrochen bei mir im Dienst...

Kommunistische Internationale

Almanach des Verlaues der Kommunistischen Internationale

Unter der bescheidenen Mäse eines Verlagsalmanachs, d. h. eines Sammelbuches, in dem sich die Werke eines Verlagsunternehmens empfinden...

Das Buch beginnt mit einem Auschnitt aus dem Manifest des 1. Kongresses der K. I. Internationale...

Das Buch ist so zusammengestellt, daß die einzelnen Beiträge nicht abgerissene Szenen darstellen...

Der Leser findet in diesem kleinen Band von über 300 Seiten ein wahres Bandbuch der kommunistischen Weltrevolution...

Das Buch, das für Deklamationen von dem Redner zu dem billigen Preise von 18 M. abgegeben wird...

Inhalt: Aus dem Manifest des 1. Kongresses der Kommunistischen Internationale...

revolutionären Lenin, Karl Kautsky, Die Internationale 1/18, N. Lenin, 'Demokratische Sozialismus'...

Kolales

Die Fraktionierung der Eisenbahn findet nicht Donnerstag, sondern Mittwoch abends 7 Uhr im Büro statt.

Generalversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten

Man schreibt uns: Die am 5. d. M. im großen Saale der Neuen Börse abgehaltene, fünfzehnte Generalversammlung...

Zur Instandsetzung von Häusern und Wohnungen

Sind neue Mittel aus der produktiven Gewerkschaftsjahresgebeitgestellt worden...

Mittagspause beim Postamt 4

(Schloßplatz 7 und Friedrichstraße 30). Die Mittagspause im Schloßplatz beim hiesigen Postamt 4...

Der Kreisling Dresden lagte am Montag im Dresdener Landratsgebäude. In der ersten Vorlage wurde gefordert...

Als Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus sollen für 1921 fünf Prozent und für 1922 15 Prozent des Einkommens...

Die nächste Vorlage, Einführung einer neuen Gebührenordnung, gab den SPD-Abgeordneten Gelegenheit...

Der Landrat parteei den Vorstoß der SPD-Fraktion sehr schlecht. Er beklagte sich, daß die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher...

Parus für Landagitation

Sonntag, den 14. Februar, vorm. 9 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße 49/50

Rufus über die Notwendigkeit der Landagitation

zu erscheinen haben die Vertreter der Dresdener Distrikte, die hierzu bestimmt sind...

Ein feiner Genosse

Ein Betrüger von Arbeitergenossen ist der frühere Genosse Max Römer. Durch seine Scheinheiligkeit...

Briefkasten

Landesrat. Geld für Produktiv-Genossenschaft ist eingegangen, Aufnahmefreie noch nicht.

An unsere Kolporteur!

Wir ermahnen alle Kolporteur, die bis heute noch nicht abgerechnet, dies sofort nachzuholen...

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inzerate: Max J. G. & Co.; Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prob. Schützen, e.G.m.b.H.

Zeltgarten, Altmetalle, Sterben? Genossen!

Wiedererkäufer, Weibchen, Hausgenossen, Genossen!

Die Internationale, Wochenblatt für Praxis und Theorie des Marxismus

Proletarier lies!, Die kommunistische Büchererei

K = P = D, Kommunistische Partei Deutschlands

# Wirtschaftliche Rundschau

## Soll und Haben im Reichshaushalt.

Die Folgen von Cannes.

Die Forderungen der Eisenbahner nach höheren Lohn- und Gehaltsbeizügen wurden von der Regierung schroff abgelehnt. Die fünfzig Milliarden, so sagte die Regierungspreste, die diese Forderungen ausmachen, kann das Reich nicht zahlen, wollte es die Forderungen erfüllen, so würde im Nu der ganze Haushaltsplan des Reiches über den Haufen geworfen.

Und der Reichshaushaltplan für 1922 ist in der Tat ein Monstrum, das die Regierung sehr sorgfältig vor Erschütterungen aller Art zu bewahren suchen muß. Denn in diesem Haushalt versucht sie seit Jahr und Tag das erste Mal, Soll und Haben miteinander in Einklang zu bringen. Es ist für jeden Geschäftsinhaber üblich, daß er die Bilanz seiner Einnahmen und Ausgaben aufstellt, den Geschäftsinhabern des Deutschen Reiches war es jedoch nicht mehr möglich. Der Reichshaushaltplan für 1921 hat abgeschlossen mit einem Fehlbetrag von 172 Milliarden Mark; vor allem die rastlose Tätigkeit der deutschen Notendruckpresse hat die ungedeckten Summen aufbringen müssen. Während nun aber auch der kleinste Geschäftsinhaber, letzten Endes auch jede Hausfrau ganz von selber daran geht, Einnahmen und Ausgaben einander anzugleichen, hat das Reich nicht etwa von sich aus diesen Versuch gemacht. Es war der Machtspruch der Reparationskommission in Cannes, der als Vorbedingung für die sogenannten Reparationserleichterungen von der Deutschen Regierung forderte:

1. Binnen 14 Tagen hat die Reichsregierung der Reparationskommission einen Plan vorzulegen, wie sie den Reichshaushalt für das kommende Jahr auszubalanzieren gedenkt.
2. Die deutsche Notendruckpresse soll stillgelegt werden.
3. Die Zuschüsse des Reiches zur Verbilligung der Lebensmittel sind zu beseitigen.

Die Regierung hatte sich verpflichtet, diesen Plan bis zum 28. Januar, 12 Uhr mittags, vorzulegen, und nachdem bis zum 27. Januar über das Steuerkompromiß zwischen den Parteien und dem Reichstag gefächelt worden war, legte sie zum festgesetzten Termin tatsächlich einen Plan vor, aus dem hervorging, daß der ordentliche Haushalt des Deutschen Reiches mit einem Ueberschuß von 16,5 Milliarden Mark abschließen soll.

### Der Sanierungsplan der Reichsregierung.

Nun ist freilich der „ordentliche Reichshaushalt“ nur ein Teil der Reichsbilanz überhaupt. Die Reichsregierung hat ihre Bilanz nämlich in folgende Konten aufgeteilt:

1. Den ordentlichen Haushalt:
  - Einnahmen . . . . . 103,2 Milliarden Mark
  - Ausgaben . . . . . 86,7 „
  - also Ueberschuß . . . . . 16,5 „
2. Den außerordentlichen Haushalt:
  - Ausgaben . . . . . 4,9 Milliarden Mark
  - Einnahmen . . . . . 1,8 „
  - also Fehlbetrag . . . . . 3,1 „
3. Betriebsverwaltungen des Reiches (Eisenbahn und Post):
  - Fehlbetrag . . . . . 9,2 Milliarden Mark.
4. Kontributionsetat (für die Reparationszahlungen):
  - Fehlbetrag . . . . . 171 Milliarden Mark.

Unter Anrechnung des Ueberschusses im ordentlichen Haushalt des Reiches ergibt sich also ein Gesamtfehlbetrag von 166,8 Milliarden Mark. Diese Zusammenstellung der Ziffern besagt etwa folgendes:

Die allgemeine Reichsverwaltung, die sich auf den gesamten Verwaltungskörper des Reiches bezieht, die Ministerien, das Justizwesen, die Reichswehr, die Schule, Finanzbehörden usw. werden im ordentlichen und im außerordentlichen Haushalt geführt; und in diesem Haushalt der Reichsverwaltung ergibt sich nach dem Voranschlag der Regierung tatsächlich ein Ueberschuß von 12,6 Milliarden Mark. Die Ausgabenseite dieses Postens ist dann gesichert, wenn im Laufe des Jahres nicht neue Lohn- und Gehaltsforderungen der Staatsbeamten kommen. Und die Einnahmenseite beruht auf der restlosen Durchführung des Steuerprogramms der Regierung; auf der Einziehung der indirekten Steuern (42 Milliarden), der Zölle, des Lohnabzuges und außerdem der sogenannten Besitzsteuer.

Ähnlich verhält es sich mit den Betriebsverwaltungen (Eisenbahn und Post), die trotz der Erhöhung der Tarife auf das 15-30fache der Friedenssätze einen Fehlbetrag von mehr als 9 Milliarden Mark aufweisen. Sollten die Einnahmen nicht so groß sein, wie die Regierung dies erwartet oder sollten die Ausgaben durch Erhöhung der Lohn- und Gehaltsbezüge des Eisenbahn- und Postpersonals oder durch unvorhergesehene Steigerung der Materialpreise, d. h. vor allem der Preise von Kohle und Eisen, größer sein als die Regierung heute annimmt, so würde auch hier der ganze Plan der Regierung über den Haufen geworfen werden.

### Das „Kontributionskonto“.

Wir können feststellen, daß die drei Konten: „ordentlicher Haushalt“, „außerordentlicher Haushalt“, „Betriebsverwaltung“ insgesamt nach den Voranschlägen der Regierung tatsächlich eingemeßten ausbalanciert werden, unter der Voraussetzung freilich, daß überall die Einnahmen so hoch sind, wie die Regierung es errechnet und die Ausgaben durch Vergrößerung der Lohn- und Gehaltsbezüge nicht weiter wachsen.

Stimmt nun diese Rechnung der Regierung? Werden Ausgaben und Einnahmen so hoch sein, wie die Regierung es annimmt?

Darauf gibt die Antwort das sogenannte Kontributionskonto (für Reparationszwecke), das einen Fehlbetrag von 171 Milliarden Mark bedeutet. Diese 171 Milliarden Mark ist die Regierung aufzubringen, ohne daß ihr nennenswerte Einnahmen dazu zur Verfügung ständen. Den einzigen Einnahmeposten, der für diese Zahlungen in Betracht käme, wäre die „Zwangsanleihe“, die dem Reich eine Goldmilliarde, nach dem heutigen Kurswert also 40-50 Papiermilliarden, einbringen soll. Trotz der sogenannten Zahlenerleichterung von Cannes sind aber die Reparationsleistungen, die Deutschland für das laufende Jahr zu zahlen hat, zwei bis dreimal größer als das Ergebnis dieser Zwangsanleihe, falls sie tatsächlich aufgebracht würde. An einem Erfolg dieser Zwangsanleihe zweifelt die Deutsche Regierung nämlich eben so sehr wie die Entente.

Alles in allem ergibt sich also für das kommende Jahr ein Fehlbetrag von 1-2 Milliarden Goldmark allein für die Reparationsleistungen, dazu noch die gewaltigen Ausgaben für die Besatzungsarmeen des Rhein-

## DIE ENTWERTUNG DER DEUTSCHEN MARK

GEMESSEN AN LEBENSMITTELN

1913

FÜR 1 MK

JAN. 1922



KONNTE MAN KAUFEN:

1/2 PFD. KARTOFFELN



FÜR 1 MK

KONNTE MAN KAUFEN:

1/8 LITER MILCH



FÜR 10 MK

KONNTE MAN KAUFEN:

1/8 PFD. BUTTER



FÜR 5 MK

KONNTE MAN KAUFEN:

1 EI

landes. Wie diese Summen aufbringen? Ob durch Ausgabe neuer Banknoten oder, falls die Entente dies verbietet, durch Ausgabe von Geschäftswechseln: auf jeden Fall bedeutet dieser Fehlbetrag im Reichshaushalt eine unaufhaltsame Weiterentwicklung der Entwertung der deutschen Mark. Die deutsche Regierung hat Goldzahlungen zu machen, und muß zu diesem Zweck fremde Devisen aufkaufen. Und die Sachlieferungen, die deutsche Kapitalisten an die Entente ausführen sollen, müssen ihnen gleichfalls von der deutschen Regierung bezahlt werden: beides ein Anlaß zur weiteren Entwertung der deutschen Mark.

### Preissteigerung und Lohnkämpfe.

Es ergibt sich aus dieser notwendigerweise eintretenden Marktentwertung, daß wie in den Vorjahren die Preiskurve in Deutschland weiter anschwellen wird, daß das reale Einkommen der Arbeiter, Beamten und Angestellten weiter zusammenschrumpfen muß. Dieser Umstand bedeutet aber nichts mehr und nichts weniger, als daß der ganze Haushaltsplan, der sich mit der Reichsverwaltung und den Betriebsverwaltungen des Reiches befaßt, durch den Posten des „Kontributionshaushalts“, durch die ungedeckten Reparationszahlungen über den Haufen geworfen wird. Denn ein Anziehen der Preise — Kohle und Eisen marschieren bei einer Steigerung der Preise immer an erster Stelle — bedeutet, daß die Materialkosten des Reiches größer sein werden, als ursprünglich vorgesehen. Sie bedeutet ferner, daß die Arbeiter und Beamten neue Lohnforderungen stellen und Lohnkämpfe sich entwickeln werden. Kein Wunder, daß die Regierung ängstlich versucht, den mühsam errechneten Etat so lange wie nur möglich so zu retten; kein Wunder, daß sie in dem ersten Konflikt, den dieser Kurs der Regierung heraufbeschwor, im Eisenbahnerstreik, die Erfüllung der Forderungen der Beamten und Arbeiter in den Staatsbetrieben schroff ablehnte.

Wenn dieser Konflikt mit einem fast vollen Sieg der Regierung endete, so liegt in dieser Lösung des Konflikts alles andere, als etwa die Anbahnung ruhiger Verhältnisse, unter denen der Reichshaushaltplan durchgeführt werden könnte. Dieser Reichshaushaltplan bedeutet vielmehr, daß in den kommenden Monaten ähnliche Konflikte in immer größerem Ausmaß das gesamte Wirtschaftsleben in Deutschland erschüttern werden. Er ist kein Plan, die Finanzen des Reiches ins Reine zu bringen — einen Reichshaushaltplan mit 171 Milliarden Defizit kann man nicht als Lösung der staatsfinanziellen Pleite ansehen — er ist ein Programm, der eine unendliche Fülle gewaltiger sozialer Kämpfe in sich birgt, denn wenn auch im einen oder andern dieser Kämpfe die Arbeiter und Beamten die Schlacht verlieren: es ist ausgeschlossen, daß das Regierungsprogramm durchgeführt werden kann, denn eine solche Durchführung würde ein Zusammenschrumpfen des realen Arbeitseinkommens der werktätigen Bevölkerung auf etwa ein Viertel des Wertes der Vorkriegszeit zur Folge haben.

Was kann das deutsche Proletariat tun, nicht nur zur Rettung seiner eigenen Existenz, sondern zur Rettung der deutschen Wirtschaft überhaupt?

Das Reparationskonto zeigt am deutlichsten, worauf es rein technisch gesehen, ankommt: aus der deutschen Wirtschaft einen derartig hohen Mehrwert zu erzielen, der es erlaubt, die Reparationsleistungen an die Entente zu erfüllen. Was sind die Voraussetzungen notwendig, um dies zu erreichen? Und was für Garantien hat sich das Proletariat zu verschaffen, um seine Existenz sicher zu stellen?

### Der Weg des Proletariats.

Es kommt zweifellos nicht nur darauf an, daß das Proletariat irgendwelche Kämpfe führt. Es kommt nicht nur darauf an, Streiks als gewaltigstes gewerkschaftliches Mittel erfolgreich durchzuführen, d. h. wie üblich damit enden zu lassen, daß auskömmliche Löhne und Gehälter erzielt und die bisherigen Rechte der Arbeiterklasse (Koalitionsrecht, Streikrecht, Achtstundentag) gesichert werden. Es kommt vor allem darauf an, daß all diese Kämpfe vom Proletariat in eine Bahn gebracht werden, die die Massen allein retten und den Aufbau der deutschen Wirtschaft herbeiführen können. Es handelt sich also darum, daß bei jedem wirtschaftlichen Kampf dessen politischer Charakter klar aufgezeigt und in folgedessen ausgeweitet wird zu einem Kampf der werktätigen Massen um Erweiterung ihrer Machtstellung. Es erscheint hierbei als eine Selbstverständlichkeit, daß die erste Garantie zur Rettung in der Bildung einer Regierung liegt, die von der werktätigen Bevölkerung selbst berufen wird. Was alsdann weiter zu geschehen hat, das ist die Erfassung der Sachwerte Deutschlands durch den Staat, unter der Voraussetzung, daß dieser Staat im Interesse der werktätigen Bevölkerung in die Produktion selber eingreifen kann.

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats (d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats) zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelt despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse. Durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber den Lauf der Bewegung über sich selbst hinaus treiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.“

Diese Sätze schrieb Marx vor 75 Jahren im „Kommunistischen Manifest“. Etwas anderes als dies Ziel, das in diesen Sätzen ausgedrückt wird, haben wir Kommunisten uns unter der Erfassung der Sachwerte nie vorgestellt. Wir haben nie, wie das die SPD. und die USP. tun, geglaubt, die Erfassung der Sachwerte sei lediglich eine steuerliche Maßnahme. Wir haben stets betont, daß zwei Dinge Voraussetzung für einen Erfolg der Sachwertenerfassung im Interesse der breiten Massen und im Interesse der Wirtschaft notwendig sind: einmal die politische Garantie, daß diese Erfassung durchgeführt wird, und eine solche Garantie ist es, wenn die Organisationen des Proletariats, gereinigt von allen Elementen, die den Kampfcharakter dieser Organisationen noch nicht begriffen haben, der Bourgeoisie gegenüber als Macht dastehen und eine Regierung erzwingen, die im Interesse der werktätigen Massen handelt. Und das zweite ist, daß diese Arbeiterregierung alsdann auch und nach durch Eingriffe in die Produktion die werktätige Klasse zur Herrin aller Produktionsmittel macht und dabei im Interesse einer Vermehrung der Produktionskräfte alle erforderlichen Maßnahmen ergreift.

Dies für die kommenden Kämpfe, die der Reichshaushaltplan der Regierung heraufbeschwört, vorzubereiten, den breiten werktätigen Massen dies Ziel bei jeder Gelegenheit zu zeigen, das ist die Antwort, die wir Kommunisten auf die Machtsachen der Regierung geben.

A. Friedrich

